

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag)

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union vom 20. bis 22. Januar 2014 in Brüssel, Belgien

Inhaltsverzeichnis

Seite

1	Teilnehmer der deutschen Delegation	2
2	Einführung	2
3	Ablauf der Tagung	2
3.1	Eröffnungssitzung: Auf dem Weg zur Vertiefung der WWU	3
3.2	Plenarsitzung: Die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte	3
3.3	Plenarsitzung: Die demokratische Legitimität wirtschaftlicher Anpassungsprogramme	4
3.4	Plenarsitzung: Die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa durch finanzielle Unterstützung der Realwirtschaft	4
3.5	Plenarsitzung: Verbesserte Haushaltsüberwachung in der WWU	5
4	Die Zyklen 2013 und 2014 des Europäischen Semesters	5
4.1	Plenarsitzung: Umsetzung des Zyklus 2013 des Europäischen Semesters und Prioritäten für 2014	5
5	Interparlamentarische Ausschusssitzungen	6
5.1	Ausschuss für Wirtschaft und Währung	6
5.2	Ausschuss für Beschäftigung und Soziales	7
5.3	Haushaltsausschuss	7

1 Teilnehmer der deutschen Delegation

An der zweiten Tagung der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrages nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Norbert Barthle** (CDU/CSU), Delegationsleiter

Abgeordneter **Norbert Brackmann** (CDU/CSU)

Abgeordnete **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter **Hubertus Heil** (SPD)

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Abgeordneter **Dr. Norbert Lammert** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD)

Abgeordneter **Alexander Radwan** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter **Carsten Schneider** (SPD)

Der Bundesrat war durch folgende Landesministerin vertreten:

Frau Margit Conrad (SPD), Europaministerin des Landes Rheinland-Pfalz.

2 Einführung

Grundlage der Konferenz ist Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom März 2012. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments verständigte sich im April 2013 auf die Modalitäten dieser Konferenz. Nach der Durchführung der ersten Konferenz in Wilna, Litauen, im Oktober 2013 war die Konferenz in Brüssel die zweite Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrages.

Auf der EU-Parlamentspräsidentenkonferenz wurde die Auffassung vertreten, dass die nationalen Parlamente angemessen in die stärkere haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Europäischen Union, vor allem, aber nicht nur, im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, einbezogen werden sollen. So soll sich die Konferenz auch mit dem Europäischen Semester, der Bankenunion und Steuerfragen befassen. Ein weiteres Ziel der Konferenz soll die Intensivierung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament sein. Aufgrund eines Kompromisses zwischen dem griechischen und dem Europäischen Parlament wurde die Konferenz mit der Europäischen Parlamentarischen Woche verbunden, wodurch die Konferenz als eigenständige Konferenz zur Diskussion über die Themen des Fiskalvertrages und der Haushaltspolitik an Sichtbarkeit verlor. Stattdessen war die Konferenz eingebettet in die Europäische Parlamentarische Woche des Europäischen Parlaments.

3. Ablauf der Tagung

Die Tagung war vom Arbeitsprogramm der griechischen EU-Präsidentschaft geprägt und stellte makroökonomische Ungleichgewichte, wirtschaftliche Anpassungsprogramme und die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt. Nur eine Teilsitzung war der Haushaltskonsolidierung gewidmet. Zu den herausgehobenen Rednern zählten der Präsident der Europäischen Kommission, **José Manuel Barroso** (PSD), der Präsident des griechischen Parlamentes, **Vangelis Meimarakis** (Nea Dimokratia), der Präsident des Europäischen Parlamentes, MdEP **Martin Schulz** (Deutschland – S&D), der Präsident des Europäischen Rates, **Herman Van Rompuy** (CD&V) sowie der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, **Olli Rehn** (Kesk), und der Präsident des Deutschen Bundestages, **Dr. Norbert Lammert**.

Geschäftsordnungsfragen, welche auf der Konferenz in Wilna kontrovers diskutiert wurden, traten auf dieser Konferenz in den Hintergrund. Der griechische Vorsitz erklärte jedoch, dass es geplant sei, die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Geschäftsordnung auf der Grundlage des litauischen Vorschlags (*siehe Bundestagsdrucksache 18/679*) einzuberufen und bis April 2014 diskussionswürdige Kompromissvorschläge zu erarbeiten. Ziel sei es, auf der Konferenz gem. Artikel 13 Fiskalvertrag im Oktober 2014 unter italienischem Vorsitz eine Geschäftsordnung zu verabschieden.

Die Konferenz endete mit je einem Schlusswort der Gastgeber der Konferenz **Othmar Karas** (Österreich – EVP), Vizepräsident des Europäischen Parlamentes und **Vangelis Meimarakis** (Nea Dimokratia), Präsident des griechischen Parlaments, in dem beide die Absicht bekundeten, die Rolle der Parlamente, national wie auch europäisch, im Rahmen des Europäischen Semesters zu stärken. Der Vizepräsident des EP mahnte, dass die Ausrichtung der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags zukünftig weiterhin im Konsens der nationalen Parlamente mit dem EP stattfinden müsse. Auch diese Konferenz sei erfolgreich unter der Koordination des Europäischen Parlamentes in enger Zusammenarbeit mit dem griechischen Parlament organisiert und vorbereitet worden. Die interparlamentarischen Ausschusssitzungen der Konferenz, bei denen Mitglieder von drei Fachausschüssen des EP mit Mitgliedern der entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente diskutierten, dienten auch der Erörterung von Initiativberichten des Europäischen Parlamentes.

Es wurden weder Beschlüsse gefasst noch Schlussdokumente verabschiedet.

3.1 Eröffnungssitzung: Auf dem Weg zur Vertiefung der WWU

Der Präsident des griechischen Parlaments, **Vangelis Meimarakis** (Nea Dimokratia), stellte in seiner Eröffnungsrede die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Länder, in denen Reformprogramme umgesetzt werden, dar. Die griechischen Reformen in der Justiz, der Verwaltung, dem Gesundheits- und Bildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt hätten zu sozialen Härten und einem Vertrauensverlust in die Europäische Union geführt. Die Wirtschaft beginne allmählich wieder Fuß zu fassen, doch die sozialen Verwerfungen seien enorm. Die Konferenz solle helfen, Lösungswege aufzeigen und Vertrauen zurück zu gewinnen.

In seiner Rede konstatierte der Präsident der Europäischen Kommission, **José Manuel Barroso** (PSD), dass die Krise ihren Wendepunkt erreicht habe und man vor der Aufgabe stehe, die Erholung der Wirtschaft nachhaltig zu sichern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die weder von der EU verschuldet noch verursacht gewesen sei, habe folgende strukturellen Schwächen bloßgelegt: 1. ein nicht durchsetzungsfähiges europäisches Regierungssystem, 2. klare Haushaltsziele für die Mitgliedstaaten, 3. adäquaten Mechanismus zur Kontrolle des Finanzsektors und 4. eine unvollständige Wirtschafts- und Währungsunion. In allen diesen Bereichen seien durch Reformen Fortschritte erzielt worden, welche vor Jahren noch undenkbar gewesen seien. Weiter bestehende Probleme seien die hohe Arbeitslosigkeit und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die parlamentarische Legitimierung plädierte er dafür, dass Rechenschaftspflichten auf der Ebene ausgeübt würden, auf der die Entscheidungen getroffen worden seien.

Der Vorsitzende des Europäischen Rates, **Herman Van Rompuy** (CD&V), erläuterte, dass man mit dem Stabilitätspakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bereits strengere Regeln aufgestellt habe. Bei der Bankenunion sei das Ziel fast erreicht; deshalb appelliere er an den Europäischen Rat und das EP, in diesem Bereich baldmöglichst einen Kompromiss zu finden, um die Bankenunion mit der gemeinsamen Bankenaufsicht abzuschließen. Alle diese Reformen seien insgesamt betrachtet die größten Entwicklungsschritte der EU seit ihrer Gründung und zögen Fragen nach der demokratischen Legitimation und Rechtfertigung nach sich. Dabei sei auch er der Meinung, dass die parlamentarische Legitimierung und Rechtfertigung auf der Ebene zu treffen sei, auf der Entscheidungen getroffen wurden.

3.2 Teilsitzung I: Die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in Europa

In dieser Teilsitzung wurden sowohl zu Fragen der makroökonomischen Ungleichgewichte als auch zu den Auswirkungen der Anpassungsprogramme in einzelnen Mitgliedsstaaten Meinungen ausgetauscht. Desweiteren wurden immer wieder Geschäftsordnungsfragen der Konferenz angesprochen. Litauische Delegierte kritisierten dabei die Änderung des Konferenztitels. Der Titel der Konferenz war auf Drängen des EP von „Interparlamentarische Konferenz für die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der EU“ in „Interparlamentarische Konferenz für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU“ geändert worden, um die aus seiner Sicht bestehende Trennung zwischen intergouvernementalen Bereichen und gemeinschaftsrechtlichen Teilen zu betonen. Französische Vertreter mahnten mehr Anstrengungen zu besserer wirtschaftlicher Koordinierung an.

Bundestagspräsident **Dr. Norbert Lammert** wies in der Debatte darauf hin, dass die nationalen Parlamente und das EP Partner in gemeinsamer Verantwortung seien. Veränderte Zuständigkeiten in Europa führten dazu, dass es notwendig sei, gemeinsam nach einer entsprechenden Antwort zu suchen. Reformen im Bereich der Finanzwirtschafts- und Haushaltspolitik zeigten die Bandbreite der Arbeitsfelder. Deshalb favorisiere er auch die die Finanzpolitik umfassende Konferenzbezeichnung, wie sie in Wilna gefunden worden sei. Gemeinsames Ziel

müsse es sein, ein Format zu finden, das die Koordinierung und Zusammenarbeit in der EU stärke. Vertreter aus Griechenland und Ungarn drängten darauf, dass soziale Belange bei der Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken stärker zu berücksichtigen seien. Abg. **Andrej Hunko** legte dar, dass auch in Deutschland unterschiedliche Analysen bezüglich der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie im Umgang mit Leistungsbilanzüberschüssen bestünden. Er plädierte dafür, die unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken in Europa zu harmonisieren und bei der Ausgestaltung von Strukturreformen besser zu kooperieren. Im weiteren Debattenverlauf wurden von polnischen, ungarischen und britischen Delegierten Fragen zur Bankenunion angesprochen. Dabei wurde die Notwendigkeit eines baldigen Kompromisses beim gemeinsamen Abwicklungsmechanismus herausgestellt. Abschließend riet der Präsident der EU-Kommission, **José Manuel Barroso** (PSD), bei weiteren Überlegungen die Verantwortlichkeiten klar getrennt zu halten und mahnte, Strukturen nicht zu vervielfachen, um die Entscheidungsprozesse, besonders mit Blick auf den ausstehenden Kompromiss zwischen Europäischem Rat und EP bei der Bankenunion und dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus, nicht zu komplex werden zu lassen.

3.3 Plenarsitzung: Die demokratische Legitimität wirtschaftlicher Anpassungsprogramme

In seinen Eröffnungsworten ging MdEP **Othmar Karas** (Österreich – EVP), Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, kurz auf die Faktoren ein, die zur europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hatten, um damit die Notwendigkeit zur Bildung der Troika (EZB, Kommission, und IWF) zu rechtfertigen. Seiner Einschätzung nach habe man die Krise in Europa erfolgreich bewältigt. Durch die von der Troika und den Mitgliedstaaten erarbeiteten Reformprogramme habe man mehr Zeit und finanzielle Mittel bekommen, der Krise entgegen zu wirken. Zwei Länder in denen Reformen durchgeführt worden seien, konnten diese erfolgreich abschließen und refinanzierten sich bereits wieder selbst am Kapitalmarkt. Dennoch sehe er einen Mangel an gemeinschaftlicher Kontrolle, da für die Arbeit der Troika keine angemessene Legitimation im EU-Primärrecht bestehe. MdEP **Liêm Hoang Ngoc** (Frankreich – S&D), stellte, als Ko-Berichterstatter des gemeinsam mit Othmar Karas erarbeiteten Berichtes zur „Evaluierung der Rolle und Tätigkeit der Troika im Hinblick auf die Programmländer des Euro-Währungsgebietes“ weitere Aspekte des Berichtes vor und mahnte, dass ein Bankrott von Krisenstaaten verhindert worden, die Krise als ganzes jedoch nicht überstanden sei. Auch er konstatierte in diesem Zusammenhang die fehlende demokratische Legitimität bei der Erarbeitung der Anpassungsprogramme.

Bundestagspräsident **Dr. Norbert Lammert** widersprach der Auffassung seiner Vorredner bezüglich des Mangels an demokratischer Legitimation. Europa sei die Region in der Welt mit der höchsten demokratisch Legitimation. Man dürfe die Fragen von Wirkung und Akzeptanz, die die Programmländer auch zu unpopulären Maßnahmen gezwungen hätten, nicht mit deren demokratischer Legitimation verwechseln. Mit den von der Troika erarbeiteten und den nationalen Parlamenten beschlossenen Hilfsprogrammen sei der gemeinsame Wille zum Ausdruck gekommen, der Krise zu begegnen. Ob oder wie solche Sonderprogramme dauerhaft in europäisches Recht überführt werden sollten oder müssten, sei eine noch zu klärende Frage. Die Frage der Legitimation könne jedoch nicht mit der nach der Effizienz und Treffgenauigkeit der Programme gleichgesetzt werden. Mit Blick auf das europäische Semester befürwortete er eine Diskussion der länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission im Europäischen Parlament, bevor diese den nationalen Regierungen zugeleitet würden.

In der anschließenden, lebhaften Debatte wurde auf die entstanden sozialen Verwerfungen in Programmländern hingewiesen und unterschiedliche Sichtweisen zur Krisenentstehung und Bewältigung ausgetauscht. Allgemein überwog jedoch die Auffassung, man müsse den Blick nach vorn richten und die Bewältigung der Krise und der ungewünschten Auswirkungen der Programme für Europa konstruktiv begleiten. Abgeordneter **Hubertus Heil** warb in diesem Zusammenhang für mehr Balance und weniger Polarisierung in der Debatte. In Deutschland habe man mit den Strukturreformen der Agenda 2010 Austeritätsmaßnahmen mit sozialen Reformen erfolgreich verbunden, wodurch Deutschland sich wirtschaftlich erholt habe.

3.4 Plenarsitzung: Die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa durch finanzielle Unterstützung der Realwirtschaft

Der Vorsitzende des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank (EIB) **Edward Scicluna** skizzierte die wirtschaftlichen Herausforderungen und die Maßnahmen der EIB, diesen zu begegnen. Die Investitionen lägen noch 20 Prozent unter dem Niveau von 2008 und die EIB helfe zielgerichtet Investitionen zu stimulieren. Die hohe Arbeitslosigkeit in der EU zu senken, müsse höchste Priorität haben. Neue Arbeitsplätze würden vornehmlich von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) geschaffen, weshalb die EIB es als ihre Aufgabe betrachte, diesen schwerpunktmäßig Investitionen zu ermöglichen. Die EIB unterstütze die wirtschaft-

liche Erholung in der EU mit klarer antizyklischer und wachstumsorientierter Politik und helfe, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgehe. In der folgenden Debatte warfen Parlamentarier aus Italien der EIB vor, nicht genug Investitionen, besonders im Bereich der KMU, anzustoßen. Parlamentarier aus Griechenland stimmten in der Analyse überein, dass Wachstum durch Investitionen erzeugt werde, Investitionen jedoch ohne den Zugang zum Finanzmarkt kaum möglich seien. Im weiteren Verlauf der Debatte richteten die Parlamentarier den Blick in die Zukunft, sprachen sich länderübergreifend für einen Abbau von Bürokratie und Handelshemmnissen aus und bestätigten die Notwendigkeit weiterer Unterstützung der Investitionstätigkeit der KMUs durch die EIB. Die Wirtschaftsfelder „Energie“ und „transeuropäische Netze“ wurden übereinstimmend von EIB und Parlamentariern als Bereiche identifiziert, in denen weiteres Wachstum generiert werden könnte.

3.5 Plenarsitzung : Verbesserte Haushaltsüberwachung in der WWU

Der Kommissar für Wirtschaft und Währung der Europäischen Kommission, **Olli Rehn** (Kesk), beschrieb in seinem Eröffnungsstatement, dass die Gründe für die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise in fiskalischen und makroökonomischen Ungleichgewichten gelegen und sich über mehrere Dekaden entwickelt hätten. Den fiskalen Konsequenzen der Krise habe man schnell begegnen müssen, um einen weiteren Vertrauensverlust der Finanzmärkte zu begegnen und um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Die darauf folgenden Maßnahmen der EU zur Krisenbewältigung seien länderspezifisch angepasst worden. Dabei sollten wachstumsmindernde Maßnahmen vermieden werden und die Haushaltskonsolidierungen mit Strukturreformen einhergehen. Dadurch habe man die Neuverschuldungsraten gemindert und eine Zunahme öffentlicher Defizite in diesen Mitgliedstaaten verhindert. Dank dieser Erfolge könne man das Tempo der Konsolidierungsmaßnahmen etwas bremsen. Nichtsdestotrotz bestünden im Euro-Währungsgebiet weiter große fiskalische Herausforderungen bei einzelnen Ländern, welche weiterer Reformen bedürften. Gute Erfolge sehe man in Irland und Spanien. Der hohen Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union müsse mit konsequenter Wachstumspolitik und Strukturreformen an den Arbeitsmärkten begegnet werden. Europas Strategie der Solidarität gegen Solidität sei ein erfolgreiches Modell bei der Krisenbewältigung.

Der griechische Delegierte **Philippos Sachinidis** (Pasok), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Rechnungslegung und Hauptrechnung, und weitere griechische Abgeordnete fragten in der sich anschließenden Debatte nach Lösungen für die sozialen Verwerfungen und beklagten die Auswirkungen der Programme für Griechenland. Der Währungskommissar verteidigte in seiner Antwort mit deutlichen Worten die schnellen, umfassenden und einschneidenden Programme für Griechenland. Die Entscheidung, Griechenland zu helfen, sei keine leichte dafür aber eine richtige gewesen, sonst wäre der Staat in den freien Fall mit Ansteckungsgefahr für den Rest Europas gekommen. Ab diesem Jahr sei wieder ein Wirtschaftswachstum zu erwarten. Man müsse jedoch weiter die Verwaltung reformieren und die Steuerunzuverlässigkeit und den Steuerbetrug bekämpfen. Weiterhin machte er deutlich, dass in Ländern, in denen man sich in nationaler Einheit hinter die Hilfsprogramme gestellt habe, die Fortschritte einer wirtschaftlichen Erholung deutlich besser seien. Er habe die Hoffnung, dass auch Griechenland dieses noch erreiche, denn das Geschäftsumfeld in Griechenland müsse noch deutlich verbessert werden. Der Leiter der deutschen Delegation, Abgeordneter **Norbert Barthle**, mahnte in diesem Zusammenhang an, dass die Umsetzung des Fiskalvertrages von der EU-Kommission besser überwacht werden müsse. Neue Jobs entstünden nur bei Vertrauen der Wirtschaft in die Rahmenbedingungen. Konsolidierte Haushalte seien die fundamentale Voraussetzung für Wachstum und Vertrauen. Im Beitrag von **Lord Lyndon Henry Harission** (Labour), Vorsitzender des Unterausschusses für Wirtschaft und Finanzen, wurden abschließend Fragen zur Bankenunion und dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus angesprochen.

4 Die Zyklen 2013 und 2014 des Europäischen Semesters

4.1 Plenarsitzung: Umsetzung des Zyklus 2013 des Europäischen Semesters und Prioritäten für 2014

In seinem Eingangsstatement beschrieb der Kommissar für Wirtschaft und Währung in der Europäischen Kommission, **Olli Rehn** (Kesk), einen vorsichtig positiven Ausblick und mahnte, aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in der EU, in den Reformbemühungen nicht nachzulassen. Die differenzierte Strategie der EU durch Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und wirtschaftliche Reformen sei erfolgreich gewesen. Für den vierten Zyklus des Europäischen Semesters habe die Kommission folgende Prioritäten: Fortführung wachstumsfreundlicher Haushaltskonsolidierung, Maßnahmen zur Wiederherstellung und Verbesserung der Kreditvergabe von Banken an die Wirtschaft, Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung der Arbeitslo-

sigkeit sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen. Zum Abschluss der Rede forderte Olli Rehn von den Staaten mit hohen Handelsbilanzüberschüssen, ihren Beitrag zu einer Angleichung der Wettbewerbsfähigkeiten zu leisten. Dabei sei es wichtig festzustellen, ob die Handelsbilanzüberschüsse Folge eines Marktversagens oder politischer Fehlentscheidungen seien. Der Erfolg des Europäischen Semesters führe Europa von fragiler Erholung zu nachhaltigem Wachstum. Dabei sei der Einsatz aller Partner notwendig und das EP sowie die nationalen Parlamente spielten dabei die zentrale Rolle.

Der Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, **Laszlo Andor** (MSZP), beschrieb in seiner Eröffnungsrede eindringlich die Gründe und Auswirkungen der hohen Arbeitslosigkeit in Europa und mahnte, diese erfolgreich zu bekämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, habe man sich folgende Prioritäten gesetzt: Verstärkte Schaffung neuer Arbeitsplätze, Abbau von Steuerschranken, angepasste Lohn- und Nebenkostenentwicklung besonders bei Niedriglöhnen sowie Verbesserungen bei Aus- und Fortbildung und der Beratung von Arbeitssuchenden. Die EU-Kommission habe dabei die Hoffnung, dass soziale Fragen im Europäischen Semester eine größere Rolle spielen als bisher.

In der sich anschließenden Diskussion herrschte Konsens darüber, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hier insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit von höchster Bedeutung sei. Neue Arbeitsplätze würden durch Wirtschaftswachstum generiert und die KMUs spielten dabei eine zentrale Rolle.

5 Interparlamentarische Ausschusssitzungen

5.1 Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (EP), MdEP **Sharon Bowles** (Vereinigtes Königreich – ALDE), eröffnete die Sitzung, welche sich in die Themenblöcke „Auf dem Weg zu einem effizienten Mehrwertsteuersystem in der EU“ und „Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen: Austausch bewährter Verfahren“ gliederte. Sie hob in ihren Eröffnungsworten die Bedeutung der Mehrwertsteuer als eigene EU-Teilressource hervor, beschrieb die geplanten Maßnahmen der EU-Kommission und unterstrich die sich daraus ergebende Notwendigkeit, den Steuerbetrug in diesem Bereich zu bekämpfen und die Erhebung der Steuern effizienter zu gestalten. In seiner Präsentation stellte der Vorsitzende des Finanzausschusses des französischen Senats, **Philippe Marini** (UMP), die Bedeutung der Mehrwertsteuer für den französischen Fiskus dar und beklagte, dass besonders beim elektronischen Handel Regelungslücken vorhanden seien. Frankreich habe in diesem Bereich Lösungsvorschläge unterbreitet. Anschließend präsentierte **Thomas Jensen** (Social Democratic Party), Mitglied des Haushaltsausschusses des dänischen Parlaments, das dänische Mehrwertsteuersystem, welches sehr einfach aufgebaut sei und lediglich zwei Steuersätze kenne. Die Akzeptanz und Steuerehrlichkeit seien dadurch sehr hoch und das System als Vorbild für Reformen in anderen Ländern geeignet. In der anschließenden Diskussion wurde besonders die Notwendigkeit der Bekämpfung des Steuerbetruges herausgestellt und dieses mit dem Wunsch nach Vereinfachung und Vereinheitlichung der Steuergesetzgebungen der Mitgliedsländer verbunden.

Im zweiten Sitzungsabschnitt über den Austausch bewährter Verfahren zur Haushaltskonsolidierung standen die Wirkung von Konsolidierungsmaßnahmen in den Nationalstaaten und die Auswirkungen auf die Nachbarstaaten im Mittelpunkt. Ein niederländischer Delegierter erinnerte daran, dass die Verschuldungsgrenze von 3% des BIPs (Maastricht-Kriterium) eine Entscheidung der Nationalstaaten gewesen sei, um zu verdeutlichen, dass man nicht pauschal alle Verantwortung der EU zuschieben dürfe. Dieses führe lediglich zu Vertrauensverlust in die EU-Institutionen. Gleichzeitig hätten die Staaten teilweise Souveränität an die EU abgegeben, weshalb man nicht den Eindruck einer völligen Souveränität der Nationalstaaten bei den Bürgern erwecken solle. Die Diskussionsteilnehmer stimmten darin überein, dass weitere Reformen notwendig seien, um eine bessere Konsolidierung der Finanzen zu erreichen. Jedoch müsse man Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen von Strukturreformen auf Nachbarländer besser koordinieren. Insgesamt wurde die Diskussion als eine gute Möglichkeit angesehen, sich über die Auswirkungen der Reformen in den Mitgliedstaaten zu informieren und sich über Möglichkeiten der Reaktionen darauf auszutauschen.

5.2 Ausschuss für Beschäftigung und Soziales

Die Beratungen konzentrierten sich auf die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion und Fragen der Beschäftigungspolitik. Der Vorsitzende des Ausschusses für soziale Angelegenheiten des griechischen Parlaments, **Dimitris Kremastinos** (Pasok), schilderte mit zum Teil drastischen Worten die schwierige soziale

Lage vieler Menschen in seinem Land und hielt die bisherige Politik der wirtschaftlichen Anpassung für gescheitert, da sie nur den Finanzsektor betreffe und selbst dort nur wenige Erfolge vorweisen könne. Er schlug die Verabschiedung eines modernen Marshall-Plans vor, um die fehlende Infrastruktur, z. B. für den Ausbau des Fremdenverkehrs, zu schaffen. Der griechische Minister für Arbeit, soziale Sicherheit und Wohlfahrt, **Yannis Vroustis** (Nea Dimokratia), betonte, die Strukturreformen zeigten erste positive Effekte. Der Kampf gegen Schwarzarbeit sei erfolgreich. Regulierungen am Arbeitsmarkt seien abgebaut worden. Die Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Assemblée Nationale, **Danielle Auroi** (GRÜNE/EFA), bemängelte, dass selbst viele Menschen, die arbeiteten, arm seien. Im Anschluss an die Anpassungsprogramme ginge es den Staaten besser, aber die Menschen litten weiter. Die EU müsse in der Lage sein, europäische Solidarität konkret zu zeigen.

Zahlreiche Debattenredner forderten, das von der EU-Kommission vorgeschlagene *Social Scoreboard* um weitere Indikatoren wie Kinderarmut, Gleichstellung, angemessene Arbeitsbedingungen und Kennzahlen für ein europäisches Existenzminimum, zu ergänzen. Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten wie auch dem Europäischen Parlament bedauerten, dass der Kommission die Instrumente, um auf die Überschreitung sozialer Richtwerte reagieren zu können, fehlten. Von mehreren nationalen Abgeordneten (vor allem aus den von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Mitgliedstaaten) wurde die Einführung eines einheitlichen europäischen Mindestlohns bzw. eines staatlich festzusetzenden Grundeinkommens vorgeschlagen. Ferner wurde die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenunterstützung gefordert. Auch die mangelnde Umsetzung der Jugendgarantie wurde angesprochen. Diese sei erst in 17 Mitgliedstaaten begonnen worden. Die im Haushalt der EU bereitgestellten sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurden im Hinblick auf die erheblichen Finanzmittel, die zur Stabilisierung des Euro bereitgestellt worden seien, als „Aspirin für Schwerkranke“ bezeichnet. Kritik wurde auch bezüglich der mangelnden Beteiligung der Sozialpartner bei der Umsetzung der Anpassungsprogramme und Strukturreformen formuliert, was zu einem demokratischen Defizit geführt habe.

5.3 Haushaltsausschuss

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, MdEP **Alain Lamassoure** (Frankreich – EVP), betonte in seiner Einleitung, dass der EU-Haushalt als „29. Haushalt“ in der Union einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zu Wachstum und Beschäftigung geleistet habe und weiter leisten werde. Im Detail dargelegt wurde dies für die Kohäsionspolitik durch den Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, **Walter Deffaa**. Allerdings wies dieser auch darauf hin, dass die regionalen Unterschiede in der EU erstmalig größer statt kleiner geworden seien, trotz einer breiteren thematischen Ausrichtung der Kohäsionspolitik und erleichterter Finanzierungsbedingungen. Im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sei die reformierte Kohäsionspolitik noch stärker ergebnisorientiert: entscheidend für die Bewertung einzelner Programmelemente sei jeweils der Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung.

Im ersten der einleitenden Vorträge unterstrich **Philippos Sachinidis** (Pasok), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses des griechischen Parlaments, die herausragende Bedeutung der Struktur- und Kohäsionspolitik für die Bewältigung der Wirtschaftskrise in seinem Land. Die Investitionen kämen den Bürgern zu Gute, die unter der anhaltenden Rezession litten, u. a. durch die Schaffung von bis zu 140.000 neuen Arbeitsplätzen. Die Praxis, für Länder mit wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen keine länderspezifischen Empfehlungen abzugeben, müsse geändert werden. **Maria del Mar Angulo Martínez** (PP), Mitglied des Ausschusses für Finanzen und öffentliche Verwaltung des spanischen Senats, lobte die gestiegene Flexibilität bei Struktur- und Kohäsionsfonds. Für Spanien habe die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor hohe Priorität, aber auch die Kreditvergabe an KMUs. **Birute Vesaite** (Lithuanian Social Democratic Party), Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im EU-Ausschuss des litauischen Parlaments, schilderte ausführlich die Maßnahmen und positiven Erfahrungen Litauens beim Einsatz von Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln.

In der anschließenden Aussprache kritisierte MdEP **Ivars Godmanis** (Lettland – ALDE), dass die Problematik der offenen, ruhenden Beiträge (RAL-Mittel) noch immer nicht gelöst sei und damit wichtige Mittel für die Struktur- und Kohäsionspolitik fehlten. Des weiteren beklagte er die gewaltigen Unterschiede bei der Inanspruchnahme der Fonds durch einzelne Mitgliedstaaten. Gerade Mitgliedstaaten mit Wirtschaftsproblemen ließen zu viele Mittel ungenutzt. MdEP **Helga Trüpel** (Deutschland – GRÜNE/EFA) sprach sich dafür aus, den Umwelt- und Klimaschutz noch mehr zu integralen Elementen der Struktur- und Kohäsionspolitik zu machen, z.B. bei Infrastrukturmaßnahmen. In seiner Antwort auf die Aussprache stellte Generaldirektor **Deffaa** hierzu klar, dass die „*Low-carbon economy*“ einer der Schwerpunkte der Strukturpolitik im aktuellen MFR sei. MdEP **Ivailo Kalfin** (Bulgarien – S&D) appellierte an die Delegierten aus nationalen Parlamenten, die Forderung des EP-Haushaltsausschusses nach einer MFR-Halbzeitbilanz zu unterstützen, um besser auf politische Verände-

rungen reagieren zu können. Ferner sprach er sich für eine Erhöhung des Eigenmittelanteils im EU-Haushalt aus (60:40 statt 20:80). Diese würde nationale Haushalte entlasten, ohne das Gesamtvolumen öffentlicher Haushalte in der Union zu erhöhen. Einen eigenen Eurozonen-Haushalt lehnte er ab und wurde darin vom Vorsitzenden Lamassoure unterstützt. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses des polnischen Senats, **Kazimierz Mariusz Kleina** (Platforma Obywatelska), mahnte, die wirtschaftspolitische Steuerung im Rahmen des Europäischen Semesters müsse nationale Besonderheiten berücksichtigen. Die schwedische Delegierte **Marie Nordén** (Social Democrat) berichtete von den insgesamt guten Erfahrungen, die Schweden mit dem Einsatz von Strukturfondsmitteln gemacht habe, sowie von einzelnen Schwierigkeiten bei der Förderung von KMUs, nicht zuletzt durch Rückzahlungsforderungen. MdEP **Göran Färm** (Schweden – S&D) plädierte dafür, sich schon im aktuell gültigen MFR stärker auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen es eine klare öffentliche Wertschöpfung gebe.

Norbert Barthle, MdB

Delegationsleiter

Abkürzungsverzeichnis

CD&V	Christen Democratisch en Vlaams
EZB	Europäische Zentralbank
IWF	Internationaler Währungsfonds
Kesk	Finnische Zentrumspartei
MSZP	Magyar Szocialista Part
PP	Partido Popular
PSD	Partido Social Democrata (konservativ)
UMP	Union pour mouvement populaire
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion